

# AUFRÜSTUNG DER BEGRIFFE?

17.–19. Oktober 1986  
in Darmstadt

Machen Worte Politik? Diese Frage beschäftigte schon in den frühen siebziger Jahren die Politiker verschiedenster Couleur, seit eine »Semantik-Arbeitsgruppe« der CDU unter Kurt Biedenkopf den (damaligen) Verlust der Regierungsmacht an die sozialliberale Koalition mit der dem politischen Gegner gelungenen »Besetzung von Begriffen« erklärte. Wenn auch diese Arbeitsgruppe schon lange nicht mehr existiert, und die politische Debatte unter dem Deckmantel der Sprachkritik von Politikerseite abgeflaut ist, so ist es doch kein Geheimnis, daß manch ein Kämpfer aus jener Zeit unter der derzeitigen Regierung zu höheren Weihen im Bundespresseamt gekommen ist. Im Besitz der Macht ist die Sprache offenbar weniger problematisch. »Kampf um Begriffe« als politisches Problem scheint eher an die Oppositions-Rolle geknüpft zu sein.

Die linguistische Sprachkritik hat sich seit jeher vom politischen Wortstreit (der ja meist ein Streit um Bedeutungen ist) abgegrenzt. Ihr kommt es weniger auf die strategische Ausbeutung von Sprachkritik und den Sieg in »semantischen Kämpfen an«, als vielmehr darauf, mit sprachwissenschaftlichem Instrumentarium der Frage nachzugehen, welchen Einfluß politischer Sprachgebrauch auf die Wahrnehmung von gesellschaftlich-politischen Ereignissen durch die Bürger/innen unseres Staates hat. Genau diese Frage stellte sich kürzlich eine Arbeitstagung an der TH Darmstadt unter der Überschrift »Aufrüstung der Begriffe?«. Für die Veranstalter wies Prof. R. Hoberg nachdrücklich auf das Fragezeichen im Titel hin. Besonderer Schwerpunkt war die Untersuchung der Sprache der (Nach-)Rüstungsdiskussion der vergangenen Jahre. Schon an der Bezeichnung dieses politischen Streitfeldes scheiden sich bekanntlich die Geister. Ist doch, was die einen *Nachrüstung* nennen, den anderen *Vorrüstung* oder gar *Aufrüstung*.

Der *Verführung des Denkens durch die Sprache der Rüstung* möchte das Projekt »Sprache der Rüstung« an der TH Darmstadt nachgehen, welches von A. Burkhardt und K. Battke vorgestellt wurde. Eine Umfrage über den Alltags-

gebrauch von Begriffen der Rüstung und eine Untersuchung der Nachrüstungsdebatte im Bundestag wurden bereits durchgeführt. Dabei wurde festgestellt, daß es der offiziellen Politik-Sprache gelungen ist, den Terminus »Nachrüstung« trotz Ablehnung der mit ihm verknüpften semantischen Assoziationen auch bei den Anhängern der Friedensbewegung durchzusetzen. Überhaupt führt eine intensive Beschäftigung mit der Rüstungspolitik dazu, daß die Rüstungsgegner selbst zu »Experten« werden und dabei nur allzuoft das militärische Fachvokabular übernehmen. G. Vowe wies allerdings darauf hin, daß sich der Gebrauch militärischen Fachvokabulars durch die Politiker auf ganz wenige Begriffe beschränke. (So machten die vier Ausdrücke *Nachrüstung, Genf, Mittelstreckenraketen* und *NATO-Doppelbeschluß* allein 60% des Aufkommens fachlicher Ausdrücke in der Nachrüstungsdebatte aus.)

Eine andere Beobachtung, wie sprachbedingte Mißverständnisse in der Politik zugleich Ausdruck tiefgreifender Auffassungsdifferenzen sein können, teilte F. Liedtke mit. Er war

der Frage nachgegangen »Was ist eine Mehrheit?« Wenn sowohl führende Regierungsmitglieder als auch Anhänger der Friedensbewegung behaupten, die Mehrheit der Bevölkerung stünde hinter ihnen, so ist dafür nicht nur Wunschdenken verantwortlich. Vielmehr gehen erstere von einem »diskreten«, d. h. genau abzählbaren Mehrheitsbegriff der parlamentarischen Institutionen aus (d. h. Mehrheit der Sitze im Bundestag aufgrund von Wahlergebnissen), während letztere einen »kontinuierlichen« (demoskopischen) Mehrheitsbegriff verwenden (erkenntlich an Formulierungen wie *überwiegende Mehrheit, verschwindende Minderheit*, welche auf den Bundestag angewandt, merkwürdig klingen müßten). Semantische Unterschiede im politischen Sprachgebrauch sind eben nicht nur Oberflächenphänomene, die eine kosmetische Korrektur glätten könnte, sondern stehen oft für eine tiefgreifend andere Auffassung zentraler politischer Grundfragen, ja sogar für ein anderes Bild der Wirklichkeit.

Will man ein Fazit der Darmstädter Tagung ziehen, dann könnte man sa-

gen, daß Sprachwissenschaftler (aber auch Psychologen, Pädagogen und Politologen) sich ihrer Möglichkeiten, aber auch ihrer Verantwortung bewußt geworden sind, mit wissenschaftlichen Mitteln Sprachverführung des Denkens aufzudecken, um die Bürger zu einem bewußteren Umgang mit der Sprache anzuregen. Denn die Fähigkeit, mit Sprache transportierte, semantisch untergeschobene ideologische Inhalte als solche freizulegen, um die hinter ihnen stehenden Sachfragen und -differenzen zum Gegenstand einer wahrhaft rationalen Auseinandersetzung zu machen, ist eine der Grundvoraussetzungen des Gelingens einer wirklich pluralistischen Demokratie.

Dietrich Busse

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Sprach- und Literaturwissenschaft der TH Darmstadt.

## ***Sprache der Gegenwart***

*Schriften des Instituts für deutsche Sprache*

### **Neuerscheinungen 1987**

#### **Rechtschreibung, Schrift, Sprache**

Band 68  
Von H. Glinz/B. Schaefer/H. Zabel  
144 Seiten, Broschur, ca. DM 44,-  
ISBN 3-590-15668-6

Der Band vereinigt drei Beiträge, die in engem Zusammenhang mit den nun schon jahrzehntelangen Bemühungen um eine Reform der deutschen Rechtschreibung stehen. Es werden ausführliche Hintergrundinformationen zur Rechtschreibreform gegeben; ausgewählte Einzelprobleme werden vorgestellt und erörtert.

Hans Glinz behandelt in seinem allgemeineren Beitrag – auch unter historischen Gesichtspunkten – das Verhältnis von Sprache und Schrift, die gesellschaftliche Rolle der Schrift sowie die Auswirkungen der Schrift auf die Sprachentwicklung. Die staatlichen Bemühungen um eine einheitliche und zugleich möglichst praktische Rechtschreibung werden erörtert. Darüber hinaus widmet sich Glinz wichtigen Fragen des Verstehens und der Textverarbeitung.

Burkhard Schaefer untersucht die möglichen Konsequenzen einer Schriftreform für die computergestützte Textverarbeitung. Er kommt zu dem Schluß, daß sich eine Einführung der gemäßigten Kleinschreibung nicht nachteilig auf die Effizienz von Verfahren der maschinellen Sprachverarbeitung auswirken würde.

Die Schreibung von sog. Fremdwörtern stellt für jede Orthographie-Regelung ein besonderes Problem dar. Hermann Zabel präsentiert die Diskussion, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts geführt wurde, und erörtert die Fragen, die sich im Zusammenhang mit den

#### **Grammatische Terminologie in Sprachbuch und Unterricht**

Band 69  
Hrsg. von Karl-Heinz Bausch und Siegfried Grosse  
229 Seiten, Broschur, ca. DM 58,-  
ISBN 3-590-15669-4

Sprachunterricht in der Schule kommt nicht ohne Grammatik aus. Um sprachliche Phänomene im Unterricht benennen zu können, braucht der Lehrer grammatische Begriffe, die mit Namen benannt werden. Diese Namen – Termini – stehen in Zusammenhang mit grammatischen Beschreibungen – der Grammatik – einer Sprache. Darüber besteht Konsens unter Pädagogen, Lehrbuchautoren und Sprachwissenschaftlern.

Unterschiedliche Theoriebildungen in der neueren Sprachwissenschaft haben zu unterschiedlichen Terminologiebildungen geführt, die auch in neuere Sprachbücher Eingang gefunden haben. So ist von Pädagogen und Lehrbuchautoren der Wunsch nach einer Vereinheitlichung der Terminologie in den Sprachbüchern und im Unterricht laut geworden. Aktuell wurde das Thema durch eine Initiative der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland.

Ein Verzeichnis grundlegender grammatischer Fachausdrücke, herausgegeben vom Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (von der Kultusministerkonferenz zustimmend zur Kenntnis genommen) r